



Neues Finanzierungsabkommen für die SPSG unterzeichnet

Neues Finanzierungsabkommen für die SPSG unterzeichnet
Der Bund und die Länder Brandenburg und Berlin haben heute für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin Brandenburg (SPSG) ein neues Finanzierungsabkommen für die Jahre 2013 bis 2017 unterzeichnet. Kulturstaatsminister Bernd Neumann betonte: "Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten ist ein herausragendes Juwel unserer Kulturlandschaft in Deutschland. Mit dem Finanzierungsabkommen übernehmen Bund und Länder gemeinsam die Verantwortung für die Bewahrung des preußischen Erbes. Die heutige Unterzeichnung des neuen Finanzierungsabkommens zwischen dem Bund und den Ländern Brandenburg und Berlin ist ein besonders gelungenes Beispiel für konstruktive Zusammenarbeit im Kulturföderalismus. Gemeinsam ist es uns gelungen, die Zuwendungen für den laufenden Betrieb der Stiftung über die Jahre kontinuierlich zu steigern und die notwendigen Investitionen zur dringenden Sanierung der Anlagen schrittweise zur Verfügung zu stellen. Die Stiftung hat damit weiterhin eine verlässliche Grundlage für ihre vielfältigen Aufgaben." Das neue Abkommen wurde im Schloss Charlottenburg von Kulturstaatsminister Bernd Neumann, der Kulturministerin Brandenburgs, Sabine Kunst, und dem Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten Berlins, André Schmitz, im Beisein des Generaldirektors der SPSG, Prof. Hartmut Dorgerloh, unterzeichnet. Die SPSG umfasst 32 Museumsschlösser, 300 bauliche Anlagen und rund 700 Hektar Gartenanlagen, die zusammen rund fünf Millionen Besucher jährlich anziehen. Das Finanzierungsabkommen regelt die institutionelle Förderung der drei Zuwendungsgeber Bund, Brandenburg und Berlin. Der Bund stellt jährlich 14,5 Millionen Euro zur Verfügung, Brandenburg 12,3 Millionen Euro und Berlin 7,9 Millionen Euro. Die Laufzeit des Abkommens wurde von vier auf fünf Jahre (2013 - 2017) verlängert und damit der Laufzeit des Sonderinvestitionsprogramms für die SPSG angepasst. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 155 Millionen Euro soll der jahrzehntelange Sanierungsrückstand bei der Stiftung allmählich aufgearbeitet werden - unter anderem beim Schloss Charlottenburg, dem Neuen Palais und Schloss Babelsberg. Die Hälfte des Sonderinvestitionsprogramms trägt der Bund. Mehr Informationen unter: www.spsg.de Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Dorotheenstr. 84, 10117 Berlin, Deutschland. Telefon: 01888 / 272 - 0, Telefax: 01888 / 272 - 2555, Mail: InternetPost@bundesregierung.de, URL: <http://www.bundesregierung.de/>

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".